

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.211.174

Wien, 12.5.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 5817 /J der Abgeordneten Silvan, Genossinnen und Genossen, betreffend des möglichen türkis-blauen Postenschachers innerhalb der Sozialversicherungsträger**, wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

- *Wer hat mit wem diese 17, in den Chats genannten Posten, die die FPÖ erhalten sollte vereinbart und wie sieht diese Vereinbarung im Detail aus?*
- *Welche 17 Posten sollte die FPÖ konkret bekommen?*
- *Welche 9 Posten hat die FPÖ konkret bekommen und durch wen wurden diese besetzt?*

Weder die einschlägige Vereinbarung noch die angesprochenen „Chats“ sind mir bzw. in meinem Ressort bekannt.

Fragen 4 bis 9:

- *Zur Vorbereitung des Sozialversicherungsorganisationsgesetzes gab es eine so genannte Donnerstagsrunde. Wer, vor allem welche Beamte aus dem BMS, BMF und BKA, haben daran teilgenommen.*
 - a) *Haben Sie zur Beantwortung der Frage 4 die aktuellen Generaldirektoren innerhalb der Sozialversicherung zu Rate gezogen?*
- *Wer hat seitens der Sozialversicherungsträger an diesen vorbereitenden Meetings teilgenommen?*
- *Welche externen ExpertInnen wurden in die Vorbereitung des Sozialversicherungsorganisationsgesetzes miteinbezogen?*
- *Welche Kosten sind für externe Dienstleistungen und Beratungen hinsichtlich der Vorbereitung des neuen Sozialversicherungsorganisationsgesetzes in Ihrem Ministerium angefallen?*
- *Welche weiteren Besprechungen haben bzgl. des neuen Sozialversicherungsorganisationsgesetzes noch seitens Ihres Ministeriums und mit wem stattgefunden?*
- *Welcher diesbezügliche Schriftverkehr wurde bezüglich des neuen Sozialversicherungsorganisationsgesetzes seitens Ihres Ministeriums mit dem Bundeskanzleramt und dem Finanzministerium geführt?*
Bitte um Vorlage der jeweiligen Schriftstücke.

Bei den so genannten „Donnerstagsrunden“ handelte es sich nach meinem Wissensstand um eine Abstimmung auf politischer Ebene. Derzeit aktiv Bedienstete meines Ressorts haben daran jedenfalls nicht teilgenommen. Mir liegen daher keine Informationen vor, welche Personen und allenfalls welche externe ExpertInnen in diese politischen Gespräche rund um die Vorbereitung des SV-OG miteinbezogen waren.

Weiters gab es auch fachliche Gespräche. An diesen haben neben fachlich zuständigen Bediensteten der genannten Ressorts auch Bedienstete der Sozialversicherungsträger sowie des ÖVP- und FPÖ-NR-Klubs teilgenommen.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des SV-OG wurden damals vom Ressort zwei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, für die in Summe Kosten in der Höhe von € 19.200.- (inkl. USt.) angefallen sind. Ein Gutachten befasste sich mit der Frage der Verfassungskonformität einer paritätischen Besetzung der Verwaltungskörper, ein weiteres Gutachten mit Fragen rund um den Konsultationsmechanismus.

Die fachlich zuständigen MitarbeiterInnen meines Ressorts haben mit dem Bundeskanzleramt und dem Finanzministerium einen wie bei solchen Reformvorhaben üblichen Schriftverkehr gehalten. Dazu zählt beispielsweise der Austausch zu unterschiedlichen Stadien der Entwürfe zur Regierungsvorlage des SV-OG.

Frage 10:

- *Gab es hinsichtlich der Vorbereitung des neuen Sozialversicherungsorganisationsgesetzes Interventionen aus anderen Ministerien oder Ämtern oder von externer Seite und wenn ja von wem?
Bitte um Vorlage der jeweiligen Schriftstücke.*

Meinem Ressort liegen dazu keine Informationen von – ich gehe davon aus, dass eventuelle Interventionen im politischen Abstimmungsprozess vorgebracht wurden.

Fragen 11 und 12:

- *Wäre es Ihrer Meinung nach auch möglich gewesen, alle SV-Träger zu einer österreichischen Sozialversicherung zu fusionieren und wenn nein warum nicht?*
- *Halten Sie es für möglich, dass die seinerzeitige türkis-blaue Regierung die Neuorganisation der Sozialversicherungsträger zum Zweck des eigenen Machtgewinns innerhalb der SV-Träger verfolgt hat?*

Diese Fragen betreffen keinen Gegenstand der Vollziehung. Die persönliche Meinung eines Bundesministers/einer Bundesministerin ist vom Interpellationsrecht nicht umfasst.

Frage 13:

- *Bis wann wollen Sie die Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hinsichtlich der unrechtmäßigen Postenbesetzung unter der Regierung Kurz I im Verwaltungsrat der Versicherungsanstalt für öffentliche Bedienstete, Eisenbahn und Bergbau umsetzen?*

Mein Ressort hat dazu bereits Entwürfe ausgearbeitet. Diese befinden sich in politischer Diskussion.

Frage 14:

- *Welche Auswirkung hat die Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hinsichtlich der bis dato in besagtem Verwaltungsrat getroffenen Entscheidungen?*

Die Gremien der BVAEB sind entsprechend den vor der Aufhebung bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zusammengesetzt und somit handlungsfähig. Lediglich Neuentsendungen sind mangels gesetzlicher Grundlage derzeit nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

